



Anick Volger
Teufenbergstrasse 399
9105 Schönengrund

079 711 52 02
a.volger@bluewin.ch

Anick Volger
Präsident SVP AR

SVP AR, Anick Volger, Teufenbergstrasse 399, 9105 Schönengrund

Kanton Appenzell A.Rh.
Kantonskanzlei
Regierungsgebäude
9102 HERISAU

Schönengrund, 05. November 2020

Vernehmlassung zur Volksinitiative „Starke Ausserrhoder Gemeinden“ & direkter Gegenvorschlag

Sehr geehrter Herr Landammann
Sehr geehrte Herren Regierungsräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Volksinitiative „Starke Ausserrhoder Gemeinden“ & direkter Gegenvorschlag ein. Für die Möglichkeit der Stellungnahme danken wir Ihnen bestens. Wir werden unsere Anliegen in grundlegenden Gedanken darstellen.

Die SVP findet es gut, dass es einen konstruktiven Gegenvorschlag zur Initiative gibt, auch wenn dieser etwas überraschend kam. Im Grundsatz spricht sich die SVP im Einklang mit der Regierung für Variante 1, Reduktion auf vier Gemeinden, aus. Es gibt aus Sicht der SVP mehrere Gründe, die für diese Variante sprechen:

1. Der Prozess respektive die Strukturbereinigung muss als Chance für Kanton und Gemeinden gesehen werden. Mit der Modernisierung der Strukturen wird eine Basis gelegt, auf welcher sich unser Kanton wieder proaktiv entwickeln kann.
2. Wir begrüßen es explizit, dass ein Fusionsprozess in Zusammenarbeit mit Kanton und Gemeinden gestartet wird. Damit verhindern wir, dass wir uns jahrelang mit uns selbst beschäftigen und somit eine vorwärts gerichtete Entwicklung auf Jahre blockieren.
3. Die Reduktion auf vier Gemeinden liesse es grundsätzlich zu, jeweils ein Gemeindeparlament zu installieren. Die SVP begrüsst diesen Ausbau der Demokratie, da die heutige Exekutive in den Gemeinden auch legislativ tätig ist. Ein Gemeindeparlament würde die demokratische Mitbestimmung und Legitimierung der jeweiligen Gesetze fördern.
4. Obschon sich die SVP bewusst ist, dass Fusionen mit finanziellen und allenfalls steuerrechtlichen Konsequenzen verbunden sind, begrüsst sie diesen Schritt in Richtung Professionalisierung. Kleinere Gemeinden fehlt häufig das Know-How und es sind zunehmend personelle Engpässe zu verzeichnen. Mit einer Professionalisierung könnte dieser negativen Entwicklung entgegengewirkt werden, womit wieder Ressourcen für Zukunftsprojekte frei werden.
5. Die Professionalisierung wäre auch der nächste Schritt, den Kanton seit der Abschaffung der Landsgemeinde weiterzuentwickeln. Dies ginge Hand in Hand mit der Modernisierung unserer Kantonsverfassung, die auch deutliche Modernisierungsstrukturen aufweist.
6. Die SVP begrüsst ausserdem den Schritt der transparenten Fusion, indem die Regierung ihre Pläne offenlegt. Sie präferiert diesen Weg, anstatt die Gemeinden z.B. durch Anpassungen an dem Finanzausgleich «aushungern» zu lassen und damit Fusionen zu erzwingen.
7. Die Fusionen bieten die Möglichkeit, diverse öffentliche Aufgaben effizienter zu gestalten. Sei es im Bereich der Sekundarschulen oder sonstigen Einrichtungen, zumal schon heute zum Teil demokratisch fragwürdige Zusammenarbeitsformen, zwischen den Gemeinden bestehen.
8. Die geplanten Fusionen eröffnen Kanton und Gemeinden neue Möglichkeiten, Ziele zu erreichen, die zuletzt nicht erreicht werden konnten. Die Änderungen geben neuen Schub und Spielraum für gewichtige Veränderungen.
9. Die Schaffung neuer Strukturen fördert den Föderalismus auf Kantonsebene. Es kann der Entwicklung entgegengewirkt werden, dass vermehrt Kompetenzen von Gemeinden an die Kantone übergeben werden.

10. Mit dieser Variante ergäbe sich die Möglichkeit, die Problematik mit unserem Wahlsystem elegant zu lösen. Zuletzt hat sich auch die Verfassungskommission, wie zuvor auch schon die SVP, für den Proporz ausgesprochen. Wir sind klar der Meinung, dass Verwaltungseinheit und Wahlkreis identisch sein muss, was sich mit Variante 1 entsprechend umsetzen lässt.

Aus all jenen Gründen begrüsst die SVP den Vorschlag der Regierung und spricht sich grundsätzlich für die Variante 1 aus. Allerdings gilt es aus unserer Sicht einige wichtige Punkte zu beachten:

a. Terminplanung

Der Zeitfaktor spielt eine entscheidende Rolle. Die Regierung sollte zur Umsetzung ein ambitioniertes, aber realistisches Ziel verfolgen. Aus unserer Sicht sehen wir noch eine Gesamterneuerungswahl unter den jetzigen Bedingungen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Strukturanpassungen im Jahr 2027 beendet sein sollen.

b. Alternative zur Volksdiskussion

Die Volksdiskussion in der bestehenden Form ist nicht mehr zeitgemäss. Insbesondere in diesem Projekt ist es auf Grund der massiven Veränderungen, sehr wichtig, dass das Volk möglichst breit abgeholt wird. Die SVP erhofft sich daher einen parallelen Weg zur gesetzlich vorgeschriebenen Volksdiskussion, wie sich die Bevölkerung in diesen Prozess einbringen kann. Im Einklang mit den Modernisierungs-Bestrebungen der Verfassungskommission würde die SVP eine elektronische Alternative vorschlagen. Die konkrete Ausgestaltung ist Sache der Regierung.

c. Gemeindeparlamente

Die SVP erwartet Aussagen bezüglich der Gemeindeparlamente. Auch wenn wir, wie oben in Punkt 2 beschrieben, die Einführung dieser begrüssen, ist es wichtig zu wissen, ob und wie diese realisiert werden könnten. Dies beinhaltet Aussagen zu deren Grösse und ob die geplanten Gemeindegrössen überhaupt ein vernünftiges Gemeindeparlament zulassen. Die SVP blickt hier insbesondere auf das Hinterland, sollte die Gemeinde Herisau separiert bleiben. Zudem ist im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens die Frage aufgekommen, ob es möglich ist, im Sinne der Demokratie ein Gemeindeparlament vorzuschreiben.

d. Gemeindeidentität

Für die SVP ist wichtig, dass die Identitäten der Gemeinden nicht verloren gehen. Die Dorfnamen, Dorftafeln etc. müssen zwingend bestehen bleiben, auch wenn eine fusionierte Gemeinde nur noch an einem Ort verwaltet wird.

e. Fiskalpolitik - Mittelland

Steuerpolitik ist für die SVP ein zentrales Thema. Wir begrüssen die Fusionen, auch im Mittelland, aber nicht um jeden Preis. Wir erwarten hierzu insbesondere Antworten zu folgenden Fragen:

- a. Wo befindet sich der gewichtete Steuerfuss im Mittelland, wenn Teufen integriert ist?
- b. Was erwartet man daraus für Chancen und Konsequenzen aus finanzieller Sicht (Finanzausgleich) aber auch bezüglich Entwicklungspotential für das Mittelland?

Zusammengefasst: Das was Teufen durch die Fusionen an Attraktivität verliert, darf nicht höher sein als dass, was das restliche Mittelland an Attraktivität gewinnt!

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerische Volkspartei AR



Anick Volger

Präsident